

Über die Erzeugung der fehlenden Nahrungsmittel durch nebenberufliche Kleingärtner ist nicht das eigentliche Ziel der Bewegung; denn die Kleingärtner besitzen größtenteils weder die Zeit noch die Befähigung zu einer wirklich intensiven Bodenkultur. Das Ziel ist vielmehr die Bewirtschaftung der Stadt- und Vorstadtelände durch berufsmäßige Gärtner. Indem schlägt der Ingenieur K. v. Meyenburg in Basel die Auffschließung dieser Gelände durch die Städte selbst und ihre genossenschaftliche Bewirtschaftung vor. Nicht in kleinen Siedelgärten, sondern in rationell angelegten, genossenschaftlich betriebenen Großgärten von 5 bis 10 Hektar Größe müßten je 5 bis 10 gelernte Gärtner oder sonst für Gartenarbeit geeignete Personen unter tüchtiger fachlicher Oberleitung und ausgerüstet mit den besten Gartenbaumaschinen, Werkzeugen und sonstigen technischen Hilfsmitteln die Nahrung für 40 bis 60 Menschen erzeugen. 250 000 bis 500 000 solcher Gärten könnten auf einer Fläche von 250 000 bis 500 000 Hektar (gleich 1 bis 2 % des deutschen Kulturbodens ohne Wald) die Nahrung von 12 bis 24 Millionen Menschen erzeugen.

Wenn man bedenkt, auf welch kleinem Stückchen Land unsere heutigen, zum größten Teil noch nicht einmal rationell betriebenen Gärtnereien große Mengen Nahrungsmittel liefern, wird man diese Erwartungen nicht als utopisch ansehen können. Zweifellos kann durch die Bewirtschaftung dieser Anrungen für unsere in Handel und Industrie ergriffenen werden. Zweifelslos kann durch die Bewirtschaftung dieser Anrungen für unsere in Handel und Industrie ergriffenen werden. Zweifelslos kann durch die Bewirtschaftung dieser Anrungen für unsere in Handel und Industrie ergriffenen werden.

Die Voraussetzung für das Gelingen der Stadt-Land-Verbindung ist freilich eine ganz neue, die Siedlungsbestrebungen fördernde Verkehrspolitik und die Aufgabe der alten Bebauungspläne. Soweit neue Wohnungen gebaut werden, müssen in Zukunft überall diese neuen siedlungspolitischen Gedanken Berücksichtigung finden. Die Städte verhindern damit die sonst unfehlbar in großem Umfang eintreffende Wohnbevölkerung; sie verschaffen ihrer Bevölkerung die heute fehlenden Nahrungsmittel und machen sich als Selbstversorger wenigstens bis zu einem gewissen Grade unabhängig vom Lande, dem verteuerten Zwischenhandel und den Unzulänglichkeiten des Transportes. Vor allem aber fragen sie damit auch zur Wertschöpfung der heutigen Wohnungswelt und zur Wiedergewinnung der städtischen Bevölkerung bei.

Die städtischen Siedlungsbestrebungen brauchen deshalb nicht aufgegeben werden; sie sind im Gegenteil mit allen Mitteln zu fördern. Denn das Land wird immer der Jungbrunnen sein, aus dem unsere Volkskraft fließt, und über ein gewisses Maß hinaus lassen sich ja auch unsere Städte nicht erweitern. Der Hauptteil unserer Fleischnahrung, ferner unserer Kartoffeln und unseres Brotgetreides wird sicher noch für lange Zeit im landwirtschaftlichen und nicht im gärtnerischen Betrieb erzeugt werden müssen, wenn auch mit zunehmender Bevölkerungszahl mit einer weit intensiveren Bearbeitung des landwirtschaftlichen Bodens zu rechnen ist. Durch die Arbeit, wie sie in China seit langem betrieben wird und wie sie schon vor dem Weltkrieg der Russe dementsprechend nach Europa zu verpflanzen suchte, ist sicher der landwirtschaftliche Ertrag unseres Bodens noch ganz gewaltig zu steigern.

Die Bewegung der beiden von mir skizzierten siedlungspolitischen Wege wird nicht nur bewirken, daß unsere augenblicklich herrschende Ernährungsnot beseitigt und unsere industrielle Arbeitslosigkeit beseitigt wird, sondern sie wird auch dazu beitragen, daß das zerrüttete Deutschland auf neuer wirtschaftlicher Grundlage gesundheitsvoll und tüchtig wieder hochkommt. Wir behalten damit unsere Volkskraft im Lande, machen uns ernährungspolitisch vom Ausland nahezu unabhängig und schaffen darüber hinaus auch noch die ernährungspolitische Grundlage für eine — zunächst fast unbegrenzte — Vermehrung unserer Bevölkerungszahl und damit für einen neuen Aufschwung unserer Industrie.

Verhandlungen über die Einführung von Ferien.

Nach Ziffer V der protokollarischen Erklärungen des Reichsarbeitsvertrages hat nach Abschluß des Vertrages eine aus Vertretern der Vertragsparteien bestehende Kommission zu prüfen, wie Ferien im Baugewerbe durchführbar sind. Die Kommission hat bis zum 31. Dezember 1920 über ihre Entschlüsse zu berichten. Der Vorliegende des Reichsarbeitsvertrages sollten am 8. Oktober in Berlin Verhandlungen über die Einführung von Ferien stattfinden. Die Arbeitgeberverbände hatten als Unterlage für die Verhandlungen den Entwurf einer Ferienordnung ausgearbeitet und dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe eingereicht. Es ist jedoch zu Verhandlungen darüber, wie Ferien durchgeführt werden können, überhaupt nicht gekommen. Der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Herr Baumeister W e h r e n s, leitete die Sitzung der Kommission vielmehr damit ein, daß er die Arbeitervertreter fragte, ob sie denn heute noch auf Einführung von Ferien im Baugewerbe beständen. Bei Abschluß des Arbeitsvertrages seien die Arbeitgeber der Meinung gewesen, daß sich die Lage des Baugewerbes bessern würde, darin hätten sie sich getäuscht, die Lage des Baugewerbes sei jetzt schlechter denn je. Söhne man auch noch Ferien im Baugewerbe ein, so werde das Bauen aufs neue verteuert und erschwert und damit die Lage des Baugewerbes noch weiter verschlechtert.

Die Arbeitervertreter erklärten, daß sie selbstverständlich auf Einführung der Ferien bestehen müßten. Das Ferien eingeführt werden sollen, sei durch den Spruch der Instanzen und die Annahme des Vertrages durch den Arbeitgeberbund bereits entschieden. Es könne heute nur

Am 16. Oktober ist der 42. Beitrag fällig.

nach darüber verhandelt werden, wie die Ferien durchzuführen seien. Die Bauarbeiter verlangten Ferien. Würden sie nicht eingeführt, so werde sich die Unzufriedenheit der Bauarbeiter aufs neue steigern, so daß neue Verträge kaum noch abgeschlossen werden könnten. Es sei auch nicht zu befürchten, daß sich durch die Einführung von Ferien das Bauen insgesamt verteuere. Die Ferien sollten dazu beitragen, die Gesundheit der Bauarbeiter zu stärken und ihre Arbeitsfreude zu heben. Die Bauarbeiter würden von ihrer Forderung auf Einführung von Ferien nicht abgehen. Diese Frage sei für sie eine Fragefrage.

Herr Baumeister W e h r e n s erklärte, er halte Ferien für vollkommen überflüssig, und zwar nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für sämtliche Angestellten und Beamten. Nur Kranke und Kinder sollten nach seiner Meinung Ferien haben. Er habe auch keine Ferien und sei doch gesund. (Auf einen Zwischenruf eines Arbeitervertreter: er lebe ja auch gut, erklärte er, er lebe nicht besser als die Arbeiter.) Er lehne Ferien ab, so lange er nicht geistlich gezwungen sei, sie einzulassen. Und er lehne auch Verhandlungen über die Einführung von Ferien ab, so lange nicht die Regierung einen Entwurf über die allgemeine Einführung von Ferien vorgelegt habe.

In der weiteren Aussprache erklärten die Arbeitervertreter, daß der Arbeitsstand im Baugewerbe unannehmlich sei. Er habe sich dem Schiedsgericht der Inparteilichen gefügt und habe den Vertrag auf Grund dieses Schiedspruchs geschlossen. Lehne er jetzt Verhandlungen ab, so sei dies ein Bruch des Vertrages. Die Bauarbeiter hätten die Ferien mindestens ebenso nötig, wie jene große Schaar von Nichtbauern, die jeden Tag Ferien habe und doch lebe. Wenn die Ferien allgemein abgeschafft und die Arbeiter verpflichtet für alle einmüßig werde, dann würden wohl auch die Bauarbeiter auf Ferien verzichten. Auf die Frage, wie denn die Ferien bei unorganisierten Unternehmern durchgeführt werden sollten, erklärten die Arbeitervertreter, daß ihre Organisationen die Durchführung durch die Macht ihrer Organisationen erzwingen würden, die Ferienordnung nicht für allgemein verbindlich erklärt werden sollte. Die Unternehmer bewiesenen, daß die Macht der Arbeiterorganisationen dazu ausreiche.

In der weiteren Aussprache, die nur noch sehr kurz war, vertret Herr W e r g m ü l l e r aus München die Meinung, daß die Ferien nicht zur Erläuterung der Bauarbeiter beitragen, im Gegenteil wenn Münderer Bauarbeiter einige Tage im Gebirge gewesen seien, kämen sie so geschwächt zurück, daß sie sich erst bei der Arbeit wieder von ihren Gebirgsanforderungen erholen müßten.

Auf Vorschlag des Herrn Wehrrens wurde dann die Aussprache abgebrochen. Es wurde festgesetzt, daß am Sonntag, 31. Oktober, erneut verhandelt werden soll. Zwischen solchen Erörterungen darüber eingezogen werden, wie weit der Regierungsentwurf über die Einführung von Ferien schon gegeben ist. Im Anschluß an diese Verhandlungen soll dann auch über die Einführung einer Arbeitsordnung für das Baugewerbe verhandelt werden.

Neue Kampfmethoden.

Alle gewerkschaftliche Kampfmethoden, besonders der Streik zur Eringung einer besseren Lebenshaltung, haben wesentlich an Bedeutung verloren. Deutlich zeigt sich, daß die gewerkschaftliche Kampfart eine andere geworden ist. Der Kampf um eine höhere Lebenshaltung wird nicht mehr nur gegen den Unternehmer im eigenen Bereiche geführt und auch nicht mehr im ausschließlichen Interesse der kämpfenden Gruppe, sondern mehr und mehr ist bei den Kämpfen das Allgemeininteresse ausschlaggebend. Der gewerkschaftliche Kampf wird zu einem außerparlamentarischen Machtmittel, durch das die äußere und innere Politik des Landes in andere Bahnen gezwungen wird, als von den regierenden Parteien oder solchen, die an die Regierung wollen, beabsichtigt ist. Beim Stapp-Putsch zeigte sich wohl zum erstenmal unzweifelhaft, daß die Zeiten vorbei sind,

wo politische Freiheiten gegen den Willen der werktätigen Bevölkerung auf Grund ihrer Frechheit regieren können. Der Generalfreist zugunsten der demokratischen Regierungsform wurde in der Hauptsache von den organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten geführt. Gegen den Willen der werktätigen Bevölkerung Maßnahmen durchzuführen, dürfte daher auch der jetzigen, in der Mehrzahl aus antiformalistischen Elementen bestehenden Regierung schwer fallen. Sie wird sich, wenn auch gezwungen, dazu verstehen müssen, wenigstens den Schein des Entgegenkommens zu erwecken. Die Heberwahrung der Ausführung ihrer Beschlüsse und Maßnahmen müssen andere Organe übernehmen, wenn sich die Regierung dafür als zu schwach erweist. Wie notwendig die Heberwahrung der Ausführung ist, zeigen uns drastische Beispiele der letzten Zeit. Wir wollen hier einige erwähnen.

Der sehr vernünftige Standpunkt, daß Deutschland im Kriege zwischen Polen und Rußland neutral bleiben muß, zeigte, daß die jetzige Regierung zu sehr vernünftigen Beschlüssen fähig, die trotzdem stattdessen Waffen- und Munitionstransporte jedoch bewiesen, daß sie zu schwach ist, ihre Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Die Regierung war der Sabotage ihrer Neutralitätserklärung gegenüber machtlos. Das Verkehrspersonal übernahm nun gegen den Willen der Regierung die Kontrolle des Transportes und zwang sie zu Maßnahmen im Interesse der Neutralität, die sonst bestimmt ausgeblieben wären. Das bei der Verbindung der Transporte durch die Eisenbahnen und Arbeiter einige Male übers Ziel geschossen wurde, hat nicht viel zu sagen. Noch ein Beispiel, ebenfalls aus den letzten Tagen. Die Regierung hat entscheidende Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers und der Lebensmittelkrisis in Aussicht gestellt; aber die Ernähung des Volkes, besonders in den Großstädten und Industriezentren, wird schwer gefährdet durch mangelnde Verteuerung der Lebensmittel, besonders der Kartoffeln. Bauern und Schieber wollen auf Kosten der Volksgesundheit große Gewinne machen und beschließen gemeinschaftlich die Kartoffeln. Die Regierung erweist sich als unfähig, zum Teil vielleicht auch als unwillig, dieses Verbrechen zu unterbinden. Die Eisenbahnen greifen ein und regeln den Verkehr mit Lebensmitteln in einer nach ihrer Meinung gerechten und billigen Weise. Durch dieses Vorgehen wird die Regierung zu Maßnahmen im Interesse der Konsumenten gezwungen werden, zu denen sie sich vorher weder verstand noch verstehen wollte.

Man verstehe uns recht: es muß nicht immer Wohlwille der in der Regierung stehenden Männer sein, wenn sie den kapitalistischen Erwerbsgeizigen die Krallen nicht kurz genug beschneiden. Vom Regierungsbüro bis zur letzten ausführenden Stelle ist ein weiter Weg, der genügend Möglichkeit zur Sabotage von Regierungsmaßnahmen bietet. Und wenn es den Profitgierigen als in ihrem Interesse liegend erscheint, dann legt die Regierung auch vom entgegengekehrten Ende ein, um die Regierung zu zwingen, dem vernünftigen, im Interesse des Volksgesunden liegenden Maßnahmen Abstand zu nehmen. Nicht offenbar tritt das gutartige im Kampfe um die Sozialisierung. In Nr. 38 des „Grundstein“ schildert Baural Dr. Wagner den Kampf um die Sozialisierung der Baubetriebe im Ruhrkohlenbezirk. Die Möglichkeit, die Bergmannshäuser unter Aufsicht des Unternehmerprofites zu stellen, ist gegeben. Die Baunternehmer laufen Sturm gegen die Regierung, die möglicherweise geneigt sein könnte, den sozialisierten Baubetrieben den Vorrang zu geben. Die kapitalistischen Träger kennen ihre Regierung; sie ist schwach und wird dem unablässigen Drängen der vereinigten Unternehmer nachgeben, um so mehr, als die Bauhandwerker für den Ruhrkohlenbezirk, das heißt die Bauhandwerker, auf Seiten der Baunternehmer stehen. Will die Allgemeinheit, die die Mittel für die Erbauung der Bergmannshäuser aufzubringen muß, diesem Treiben tatenlos zuschauen? Steht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft kein Mittel zur Verfügung, um die Regierung zu zwingen, die bedeutigeren Baunternehmer abzuweichen? Diese Fragen sind zu bejahen. Die Bergarbeiter, die ganz besonders an der Ausbreitung des Sozialisierungsgedankens interessiert sind, die es durch ihre Mehrleistung erst ermöglichen, daß die Mittel zum Bau neuer Wohnungen beschafft werden können, die später als Wohnungsinhaber die Rechte für die zugunsten der Unternehmer mehr vorausgaben Kauflosen aufbringen müssen, und die gerade durch das Verfahren von Lebergehäusen es möglich machen, daß die heute Regierenden noch an der Spitze des Deutschen Reiches stehen, die Bergarbeiter können diese Regierung, die sich gegen den Ansturm der profitgierigen Baunternehmer als zu schwach erweist, davon abbringen, daß sie selber der Allgemeinheit dem Kapitalismus in den Rücken wirft. Die breite und doch elastische Kampfform, die sich am sunnfähigsten in den Maßnahmen der Eisenbahn zeigt, dürfte sich zum Nutzen der Sozialisierung, und nicht zuletzt der gewerkschaftlichen Idee, auch im Kampfe um die Sozialisierung der Baubetriebe im Ruhrbezirk anwenden lassen. Georg Schäpfer.

nicht 100 Kollegen abgefertigt werden. Ob noch weitere werden einreisen können, ist höchst fraglich. Die Bezirksleitung wiederholt deshalb ihre Bitte, fernerhin nicht mehr wegen holländischer Arbeitsgelegenheit bei ihr anzufragen. Sollten wirklich noch Bauarbeiter untergebracht werden können, so werden sie sich an die Bestellungen der Bezirke wenden, in denen größere Arbeitslosigkeit besteht. Zugelassene Beiträge für Nachporto wird sie für den Verband verwenden.

Arbeitsmarkt.

Die Firma W. & S. Reimers, technisches Bureau und Baugeschäft in Arnstadt i. Th. sucht Schornsteinbauer und Feuerungsmaurer, die selbständig arbeiten können. Die Firma erbitet Angebot mit Zeugnissen.

Unsere Arbeitsvermittlung im August.

Dem Statistischen Reichsamt sind 11 Nachweise und die Zentralfelle angeflohen. Die Nachweise Pirna und Gehnig haben nicht berichtet.

Uebersicht über die Vermittlungstätigkeit.

Table with columns: Im Monat August, Arbeiter, Bau-, Holz-, Metall-, Textil-, Landw., Sonstige, Sonstige, Sonstige. Rows: wurden angefordert, vermittelt, Von den 652 angeforderten Arbeitkräften sind 648 vermittelt worden.

Erlangung des Armenrechts.

Ueber die Ausstellung der zur Erlangung des Armenrechts im Hinblick erforderlichen Bescheinigung durch die Verwaltungsbehörden hat der preussische Minister für Volkswohlstand neuerdings einen bemerkenswerten Erlass herausgegeben. Vor Bewilligung des Armenrechts durch das Gericht hat bekanntlich die obrigkeitliche Behörde ein Armutsgutachten auszustellen, das nach erschöpfender Aufklärung Angaben über die gesamten Einkünfte, Vermögens- und Lebensverhältnisse der Armenpartei enthalten soll. Es ist gleichwohl vorgekommen, daß mit dem Armutsgutachten versehenen Personen den Prozeß auf eigene Kosten unter Annahme eines Anwalts geführt haben, wenn ihnen wegen der Unschicklichkeit ihrer Sache das Armenrecht verweigert worden war. Daraus folgern die Behörden, daß die Obrigkeit mitunter bei der Ausstellung des Gutachtens nicht mit der erforderlichen Sorgfalt verfahren ist. Nun haben allerdings die Gerichte die in dem Armutsgutachten niedergelegte Aufklärung der obrigkeitlichen Behörde nicht für schicklich nachgehend zu erachten, sondern in richtiger Auslegung des § 114 der Gerichtsverfassung die Bedürftigkeit des Antragstellers selbständig zu prüfen und gegebenenfalls weitere Ermittlungen anzustellen, eventuell haben sie auch zu prüfen, ob und bis zu welcher Höhe der Armenpartei etwa die teilweise Ertragung der Prozeßkosten zugemutet werden kann. Um ihnen nun diese Prüfung zu ermöglichen und zu erleichtern, sollen die obrigkeitlichen Behörden vor Ausstellung des Gutachtens, wenn sie über den Wert des Streitgegenstandes, bei Werten bis einschließlic 1200 M. pflegt der Armenpartei nur ausnahmsweise ein Rechtsanwalt beigeordnet zu werden, und über die Gebühren der höheren Instanzen ebenfalls Bescheid haben, von deren Verteilung die Verwaltungsbehörde die Erteilung des Armutsgutachtens abhängig machen muß, über die Höhe der Gebühren von der Gerichtsschreiberei eines Amtes oder Landgerichts eine Auskunft einholen und diese ihrer Entscheidung zugrunde legen. Der Zulassimittler hat im Anschluß daran festzustellen, daß beantragte Anträge von den Gerichten freier über das betragsmäßige Gutachten zu beantworten sind. Soweit erforderlich, hat der Gerichtsschreiber zu diesem Zwecke die Ansicht des Richters über den Wert des Streitgegenstandes einzuholen. Es steht zu hoffen, daß auf diesem Wege die Gewährung des Armenrechts auf das durch die Bedürftigkeit der Parteien wirklich gebotene Maß zurückgeführt wird, womit einer häufig begründeten Klage des durch das Armenrecht mitunter schwer belasteten Anwaltsstandes abgeholfen würde.

Vom Bau.

Magen. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 31. September im Fabrikhallenbau des Elektrizitätswerks Garde & Bahmeier, ausführender Bauunternehmer Hof, Sünbgen in Magen. Auf einem etwa 12 bis 13 m hohen Gerüst hatten 8 Arbeiter eine Betondecke. An dem Gerüst war ein Laufzug für Baumaterial angebracht. Diesen Laufzug benutzten auch 2 Glaser, um Scheiben hochzuziehen. Etwa 30 Scheiben von je einem Zentner Schwere hatten sie schon auf das Gerüst gebracht, als es für eine solche Belastung zu schwach, mißfiel den Arbeitern auf heimlichen Absichten zusammenzubrechen. 2 Kollegen, Peter Bausel und Ludwig Körfer, fanden auf der Stelle den Tod, 2 erlitten schwere Verletzungen und 2 Glaser kamen mit minder schweren Verletzungen davon. Die anderen Kollegen konnten sich glücklicherweise durch Festhalten an den Eisenteilen retten. Wieder eine Mahnung zur Vorsicht für sämtliche Bauarbeiter.

Berlin. Am 24. September verunglückte der Kollege Max Hellenbat auf der Baustelle der Firma Paul Schulz, Wessend, Lindenallee 1. Er stand auf einer Maßbohle, die plötzlich einbrach. Die Verletzungen des Kollegen waren so schwer, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Der Unfall ist auf ungenügende Sorgfalt bei der Arbeit und jedenfalls auf mangelhafte Baustoffe zurückzuführen. Er hätte vermieden werden können, wenn man den Unfallverhütungsvorschriften mehr Beachtung geschenkt hätte. Der Baubelegierte

hat uns den Unfall nicht gemeldet. — Bei der Firma Bohnau & Knauer in der Hübblingstraße verunglückte am 29. September unser Mitglied Lorenz Michalski so schwer, daß er 3 Stunden nach dem Unfall starb. Michalski war mit dem Beladen von Eisenbahnwagen beschäftigt. Beim Verschieben zweier Wagen geriet er zwischen Puffer und Bremsbock. Der Unfall hätte nicht geschehen können, wenn bei der Arbeit genügende Vorsicht geübt wäre.

Gewerkschaftliches.

Wolfgang Staudinger, Vorsitzender des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, ist am 2. Oktober nach längerem Leiden in Leipzig gestorben. Geboren am 11. Mai 1876 zu Metten in Niederbayern, erreichte er nur ein Alter von 44 Jahren. Die Steinarbeiterorganisation erleidet durch den Tod ihres beliebten Führers einen empfindlichen Verlust. Staudinger schon jahrelang krank, hat er sich doch mit ungläublicher Energie und starkem Willen immer wieder emporgearbeitet. Eine Erholungsur, die ihm vom Verbandstag im Mai dieses Jahres einstimmig nahegelegt wurde, brachte ihn nach 13 Wochen völliger Ruhe wieder zu sehr bedauerlicher Besserung. Eine außerordentliche Aufhebung keimte sich, und in den letzten Wochen kam nach Darmüberläufe hinzu. Jetzt hat er ausgetreten. Wohl haben alle, die ihn kannten, die Katastrophe kommen sehen, aber trotzdem trifft die Steinarbeiter der plötzliche Verlust hart, weil Staudinger mit dem ganzen Organismus der Gewerkschaften zur Verfügung stand, und in der letzten Zeit schon von seiner Dorffamilie her eigen und haben nie nachgelassen. Dazu kam eine große Nebegebe, die ihm in ihrer Art bei jeder Situation die Zuspätkommen. Alle, die den Verstorbenen kannten, werden mit den Steinarbeitern um ihren Wais Staudinger trauern.

Die Arbeitergemeinschaft zweier Angestelltenverbände (Afa) ruft die Angestellten vor die Front. In einem fernem Artikel ermahnt sie ihre Berufsangehörigen, sich den Betriebsräten zur Verfügung zu stellen; es ist nicht genug sein zu lassen, gegen Arbeitslosigkeit und Verletzung Interessen und Lohnforderung zu fordern. So wichtig dies auch ist, so darf doch nicht vergessen werden, daß die kapitalistische Gewinnwirtschaft zu bekämpfen und ihre Auflösung vorzubereiten ist in eine für und durch die Gewerkschaft betriebene Betriebswirtschaft. Die Angestellten sind in erster Linie berufen, der organisierten Arbeiterbewegung zu helfen, das für die Kontrolle der Produktion im Hinblick in die Profitgesellschaft der kapitalistischen Betriebe gewinnt. Die verstaatlichten Bestimmungen des Betriebsratengesetzes und der organisierten Arbeiterbewegung unterstützen der Betriebsräte auf keinen Fall zu einer Trennung von Arbeitern und Angestellten in den Betrieben führen. Wir wünschen dem Aufbruch weiteste Verbreitung und besten Erfolg.

In einer großen Vertreterversammlung hat die Afa am 29. September zur Gewerkschaftsinternationale eine Entschiedenheit angenommen, die die in allen Ländern auf ein unerschütterliches Maß herabgedrückte Lage der Arbeiterklasse auf die Folgen des vom internationalen Kapitalismus entfesselten Weltkrieges und den Fortbestand der kapitalistischen Privatwirtschaft zurückführt. Nur planmäßiges Zusammenarbeiten aller Kräfte im gemeinschaftlichen Sinne kann zu einem Auswege führen, die Arbeiterklasse auf ein neues und ein Geringeres hierfür keine Grundgebe. Sie durch Einkommen im Geiste der Menschlichkeit und der Volkstreuheit zu erheben, ist im wesentlichen abhängig von dem Proletariat der siegreichen Staaten, wie überhaupt nur einmütiges Handeln des internationalen Proletariats neue Kräfte und neue Ziele herbeiführen kann. In ihrem dritten Teile bekennt sich die Gewerkschaft zum Zusammenschluß leistungsfähiger Landesverbände zu einer leistungsfähigen Gewerkschaftsinternationale, die jeder bilateralen Einwirkung von außen frei entzinkt ist. Jede selbständige Sonderorganisation der Betriebsräte lehnt die Entschiedenheit als zerstückelt und gewerkschaftlich ab. In ihrem dritten Teile bekennt sich zur freigeberischen Arbeit der Angestellten und zur Zusammenarbeit mit dem internationalen Gewerkschaftsbund. Die auf eine Diktatur über die Gewerkschaften abzuleitenden Bedingungen der dritten kommunistischen Internationale lehnt die Entschiedenheit ab. Dementsprechend sagt sie zum Schluß allen Beschlüssen, die Gewerkschaften durch Bildung kommunistischer Zellen in der Fabrikmeister der Moskautikatur zu lenken, stärksten Kampf an, damit die Einheit und Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Kampforganisation gewahrt bleibt.

Bücher und Schriften.

Das auswärtige Amt und die Notwendigkeit seiner Reorganisation. Von Runo Ziemann, Verlag: Neues Vaterland, Berlin W. 62. Preis 2,50 M. In der 42 Seiten starken Broschüre begründet ein Kundiger die unwiderrückliche Notwendigkeit, die im deutschen auswärtigen Amt geschehen muß, wenn das deutsche Volk zu einer Besserung im Auslande kommen soll, die der jüdischen Welt und den wirtschaftlichen und politischen Interessen entspricht. Was bisher in der Beziehung geschehen ist, ist tatsächlich kaum wert, erwähnt zu werden. Es ist noch weniger zum Neuaufbau anzusehen als im Innern. Bezeichnend ist, daß man den wichtigsten Teil der Reorganisation einem Geheimrat der alten Schule übertragen hat.

Das Bauen der Gegenwart, System Groß. Im Selbstverlage des Verfassers Chr. Groß, Arnberg.

und Kommissionsverlag, Bauhütte Leipzig, Pfaffenburgerstr. 20. Der Verfasser, ein Architekt und Baumeister, schreibt in dem Werk die Erfahrungen, die er im Laufe der Jahre mit seinem System der sparsamen Schnellbauweise gemacht hat. Beschrieben wird die Schnellbauweise, die Schlackenbetonbauweise mittels Ziegeln und Gipsplatten, ebenso eine Isolierkonstruktion. Zeichnungen sind zum besseren Verständnis beigefügt, die dem Verfasser erlunden hat, um seine Bauweise herzustellen. Den Schluss bilden eine große Anzahl Anerkennungsbriefe. Das Buch wird für viele Kollegen ein gutes Lehrmittel sein.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Am 3. bis 9. Oktober haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse geleandt: Augsburg 2007,20 M., Amberg 900, Nürnberg 5300,15, Alfen 7717,86, Altomünster 93,50, Bamberg 318,50, Barth 272, Borna 2168,35, Barmen 588,20, Bernhörd 277,60, Bremen 12532,20, Boizenburg 826,10, Burg auf Rehmann 798,50, Bremerhaven 14644,80, Büttow 1506, Burg b. M. 1186,79, Brandis 776,40, Buns. i. B. 7000, Buchs 577,20, Chemnitz 11000,00, D. 824,70, Cöthen 626,90, Coblenz 4000,00, Crämbin 3700, Duisburg 18000, Donaueschingen 4115,70, Dörmann 960,25, Duderstadt 106,55, Dortmund 16000, Dörfau 14208,75, Eichsfeld 7902,30, Elmhorn 986,15, Elbing 15000, Elmstedt 2745,50, Egen 3000, Freiling 3931,45, Frankfurt a. Schl. 4803,20, Friedland 653,10, Fulda 110,00, Freudenstadt 893,40, Gifhorn 2176,50, Götting 2000, Grabow 488,70, Grimma 1129,50, Gera 9489,95, Grimberg i. Schl. 3006, Greiz 2471,05, Glogau 1381,15, Gortz a. d. D. 1312,50, Goldberg in Mecklenburg 1116,70, Groß-Flöden 106,90, Grottenhagen 748,60, Gelnhausen 17292,45, Göttingen 12000, Gumbinnen 6096,90, Glauchau 1166,20, Griesmühlten 915,50, Gartz a. R. 552,90, Halberstadt 3000, Hamm i. B. 2000, Herbe i. S. 700, Hornberg 558,50, Hamburg 102,60, Heiligenhafen 800,80, Hildburghausen 1102,70, Halle 16500, Hof 6000, Jüchsee 2000, Jerschow 1452,70, Kaufbeuren 3849,45, Kalmthach 3866,60, Kammegge 2131,75, Kitzingen 6689,90, Kitzingen 1300, Kattitz 414,70, Kaufhof 1192,50, Ludwigsfelde 589,85, Lauenburg i. Pom. 4382,10, Liegnitz 8721,21, Lobes 1554,50, Lüben 1000, Lützenau i. B. 449,50, Marburg 3000, Meppen 105,81, Breglau 1000, Barchim 2944,80, Bötzen 1032,50, Marlow 234,30, Mainz 7205,75, Mielau 544,10, Mannheim 4000, Miereane 1622,15, Miele 973,70, Müllingen 561,70, Muehlen 1249,70, Neudamm 453,50, Neys 207,20, Reichenbach i. B. 1306,40, Regensburg a. d. Tauber 1467,80, Reutlingen 4000, Senftenberg 18700, Schwedt 1278,50, Stuttgart 2000, Singen 26, Schwarzenberg 1256,90, Spremberg 7101,50, Schmöckel 2000, Straßburg 1000, Salzhäusen 600, Staßfurt 8000, Schneidemühl 4000, Spillath 2000, Schleibitz 1495,15, Seehausen i. d. Alt. 480,80, Seidenberg 1525,55, Seitzna 291,40, Trittau 1378,50, Trenzlin 1000, Trenzlin 8000, Tzsch 6558,05, Trautenau 1786,40, Treuenbrietzen 891,60, Heizen 2200, Wefden 1635, Werder 4000, Walfersburg 372,80, Wildeshausen 1008,20, Wending 741,20, Wiltberg 272,80, Wangerin 2431,10, Wahren 1277,25, Wartin 1102,60, Wobitz 609,55, Wobitz i. S. 2000, Wolkenburg 288,40, Woldenberg 1192, Müllberg 86,89, Walfersburg 2000, Wittenberg 356,90, Zwickau 4204,50, Zittau 14000, Ziegenitz 2000, Zerbau 1929,40, Ziesar 500, Zittichau 2312,20.

Von hiesiger Stadt Straßentüftung jurid.: Landeb 95,60 M., Spremberg 1051,80.

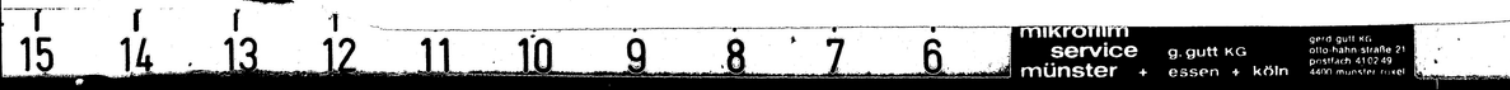
Verpflichtete Schriften: Kreisb. 400 M., Dramburg 4, Dörfau 42, Jüchsee 6, Singen 6. Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder: Hütting (Pörlten), Anton Mayerhofer, 5. 29 J. a. Berlin. Franz Wachs, Maurer, 41 Jahre alt. Hermann Mai, Hilfsarbeiter, 55 Jahre alt. Lorenz Michalski, Hilfsarbeiter, 24 Jahre alt. Isidor Szapieray, Hilfsarbeiter, 63 Jahre alt. Borna. Franz Stephan, Maurer, 37 Jahre alt. Darmstadt. (Wöhler) Nik. Röllkopf, 49 Jahre alt. Götting. Wih. Esmann, Erbsarbeiter, 42 Jahre alt. Gelsenkirchen. (Gruhl) Hermann, 29 Jahre alt. Jüterbog. Carl Köhler, 63 Jahre alt. Leipzig. Franz Wöhler, Maurer, 68 Jahre alt. Mainz. (Gehschheim) Wih. Eckert, 56 J. alt. Mannheim. (Wiesenthal) K. Bachauer, 37 J. a. Marziesweder. Eduard Grindel, Hilfsarb. 29 J. a. Müllitz. (Gruhl) Paul Stillbau, 37 Jahre alt. (Karmine). Carl Schröper, 47 Jahre alt. München. (Schwabing-West) A. Gruber, 5. 49 J. a. Birna. (Hinterjessen) H. Willkomm, 42 J. a. Neustettin. (Lübbingen) J. Hartner, Hilfsarb. 68 J. a. Neustettin. (Lübbingen) R. Seiler, 29 J. alt. Trenzlin. Aug. Hühn, Maurer, 63 Jahre alt. Trier. Wih. Hauppmann, Maurer, 65 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!

Verzahnung.

Berlin 1. (Krantenkasse) Mittwoch, den 27. Oktober abends 7 Uhr, bei Nagelsack, Salzwedeler Straße 1. Abrechnung und Kassenangelegenheiten. Berlin 3. (Krantenkasse) Mittwoch, den 28. Oktober abends 7 Uhr, bei Kramm, Zeltter Straße 85. Kassenabrechnung. 1. Kassen- und Neuwahlbericht. 2. Kassenabrechnung. Mitgliedsbuch legitimiert. Würzburg. (Krantenkasse) Sonntag, den 24. Oktober vormittags 10 Uhr, im „Falkhof“.



mikrofilm service münster g. gult KG essen + köln